

Ausblick weltweit

Berichte über fünf Weltregionen

Nordafrika/Naher Osten: Der „Islamische Staat“, die Entwicklungen in der Türkei, das iranische Atomprogramm, der Staatszerfall Libyens, der immer wieder gewaltsame Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern – kaum ein Land in Nordafrika und im Nahen Osten, aus dem uns während der vergangenen Monate nicht immer neue Hiobsbotschaften erreicht hätten. Botschaften, die uns nicht kalt lassen können, die unsere Interessen berühren: Die fortwährenden Flüchtlingstragödien im Mittelmeer und die Gefahr durch rückkehrende dschihadistische Terroristen sind nur die augenfälligsten Beispiele dafür.

Leider wird sich das 2015 wohl nicht ändern. Die Gründe, die zum „Arabischen Frühling“ vor vier Jahren geführt haben, sind unverändert vorhanden: die fehlende Möglichkeit einer ganzen jungen Generation, eine wirtschaftlich gesicherte Existenz aufzubauen – vor allem aufgrund einer hohen Jugendarbeitslosigkeit nicht zuletzt unter akademisch ausgebildeten Menschen; fehlende politische Teilhabemöglichkeiten, gepaart mit einer arroganten Behandlung der Bevölkerung durch eine Obrigkeit, die kaum Legitimität

beanspruchen kann – und letztlich die tiefe Krise der traditionellen, patriarchalisch und von einem statischen Verständnis des Islam geprägten arabischen Gesellschaften, die alltäglich mit der westlichen Moderne konfrontiert sind. Kein Regime, ob aus dem „Arabischen Frühling“ erwachsen, islamistisch oder auf säkulare Weise autoritär, hat hier bislang die notwendigen Antworten gefunden und Reformen ernsthaft versucht.

Es gibt Ausnahmen, die Hoffnung machen: Tunesien hat freie und faire Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten. Die säkulare Partei „Ruf Tunesiens“ wurde am 26. Oktober 2014 stärkste Kraft vor der islamisch geprägten Ennahda-Partei, die in der Verfassunggebenden Versammlung die meisten Abgeordneten gestellt und die Führungsrolle innegehabt hatte; Marokko wird einen behutsamen Reformweg weitergehen und dabei beispielsweise eine Dezentralisierung anstreben. Zu den sicherheitspolitischen Fragen, wie dem Konflikt in Syrien und im Irak, sollen gemeinsam mit Akteuren aus der Region Lösungen erarbeitet werden. Diesem Ziel dienen beispielsweise der sicherheitspolitische Dialog in der Türkei oder der Dialog mit Israelis und Palästinensern, wo die Stiftung moderate Kräfte auf beiden Seiten auf ihrem Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung unterstützt. Dabei liefert die eigene Meinungsforschung wichtige Entscheidungsgrundlagen. Das 50-jährige Jubiläum diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel gibt 2015 Anlass, diese Methode zu bekräftigen und so auf die Zukunft der hochkomplexen Beziehungen zu schauen.

Trotzdem sind die Arbeitsbedingungen für eine politische Stiftung, die sich Freiheit und Demokratie, Parlamentarismus und Sozialer Marktwirtschaft verschrieben hat, schwieriger geworden. In den meisten Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas gibt es eine Tendenz zur Restauration autoritärer Strukturen, deren Protagonisten sich weltweit bestätigt sehen. Für sie ist nicht der Westen allein der Referenzrahmen. Umso mehr muss die Konrad-Adenauer-Stiftung Überzeugungsarbeit leisten – mehr tun unter ungünstigeren Umständen, so lautet die Herausforderung.

Dies birgt durchaus Gefahren, wie das nach wie vor gültige Kairoer Unrechtsurteil gegen unsere Mitarbeiter zeigt. Hier gilt es für die deutsche und europäische Politik, Kooperation mit klarer Kante zu verbinden. Denn durch Repression wird auch im Nahen Osten nur der Anschein von Stabilität erweckt. Wirklich dauerhaft können nur Reformen Erfolg haben. Längst sind es nicht mehr die Islamisten, denen hier die Lösungskompetenzen zugeschrieben werden. Die Menschen in Nahost und Nordafrika haben trotz der problematischen Entwicklung des „Arabischen Frühlings“ immerhin gelernt, dass sich durch Protest tatsächlich Veränderungen erreichen lassen. Dieser Geist ist aus der Flasche – gerade im Orient.

Thomas Birninger
Leiter des Teams Naher Osten
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung

Lateinamerika: Politische und wirtschaftliche Entwicklungen des Jahres 2014 könnten einen neuen Trend in Lateinamerika andeuten, der im Zeichen einer Verschiebung zur politischen Mitte steht. Der Staatsbankrott in Argentinien und die kollabierende venezolanische Wirtschaft werfen ein gretles Licht auf die ordnungs-politischen Irrwege des „Sozialismus im 21. Jahrhunderts“ und führen zu dessen Attraktivitätsverlust in der Region. Zweifelsohne wird die Angst der neu entstandenen Mittelschichten vor dem sozialen Abstieg wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen beeinflussen. Unterdes-sen ergeben sich auch in der Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Staaten neue Konstellationen. Beispielsweise gibt Mexiko, das Teil der Pazifikallianz ist, eine neue, unbürokratische und wirtschaftsliberale Marschrichtung bei der regionalen Integration in Lateinamerika vor. Brasilien sieht sich dagegen im Rahmen des „Mercosur“ – unter anderem angesichts der schwierigen Beziehungen zu Argentinien – immer stärker in der Defensive.

Mexiko steht 2015 vor der großen Aufgabe, die zahlreichen – auch interna-tional wahrgenommenen – Reformpakete, die im laufenden Jahr verabschiedet wurden, in die Praxis umzusetzen. Gleichzei-tig wird das Land einen Wahlmarathon

erleben: Die nationale Abgeordnetenkam-mer wird neu gewählt, ebenso neun Landesregierungen, zahlreiche Landes-parlamente und über 1.000 neue Bürger-meister und Gemeinderäte. 2015 wird somit die Machtverteilung bis zu den Kon-gress- und Präsidentschaftswahlen 2018 festlegen. Und das alles vor dem Hinter-grund einer nach wie vor schwierigen Si-cherheitslage mit verbreiteter Korruption, bei der staatliche Institutionen durch Ein-flüsse des organisierten Verbrechens viel-fach unter Druck gesetzt werden.

Brasilien wird 2015 einen neu zusam-mengesetzten Kongress und den Antritt der neuen Regierung unter der im Ok-tober 2014 wiedergewählten Präsidentin Dilma Rousseff erleben. In Zentralame-rika wählen die Guatimalteken 2015 eine neue Regierung, die sich dem zunehmen-den Zerfall der staatlichen Institutionen im Zuge der Unterwanderung des Staates durch die organisierte Kriminalität aus-gesetzt sieht. In der Andenregion steht der Ausgang der Friedensverhandlungen Kolumbiens mit Rebellengruppen im Mit-telpunkt der Aufmerksamkeit, wobei ein sozialer Konsens über die Bedingungen des Friedensschlusses noch weit entfernt erscheint. Dennoch bietet das Jahr 2015 die Perspektive, den ältesten Konflikt des Kontinents möglicherweise durch einen Verhandlungsabschluss zu beenden. Die Lage im Nachbarland Venezuela ist von

sich zuspitzender politischer Repression und der tief greifenden Aushöhlung des Rechtsstaates zunehmend gefährdet. Von der weiteren Entwicklung wird auch eine Signalwirkung für das Überleben des bolivarianischen Projektes in Lateinamerika ausgehen.

Positiv sticht die Entwicklung von Peru heraus. Nach 48 Jahren holt das Land die Vollversammlung der Gouverneure der Weltbank und des Weltwährungsfonds nach Lateinamerika. Dies ist wohl als Anerkennung der ordnungspolitischen Weichenstellungen der peruanischen Regierung zu verstehen.

Im Cono Sur, der Südspitze des Kontinentes, stehen wichtige politische Entscheidungen an, allen voran die Präsidentschaftswahlen im krisengeplagten Argentinien, wo das Regierungsprojekt des Kirchnerismus schon heute vielen als abgewählt gilt. Die schlechten Wahlausichten haben bereits im laufenden Jahr zu einer

Radikalisierung des „nationalen und populären Projektes“ der Regierung Kirchner geführt. Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner ist verfassungsrechtlich die Wiederwahl versagt, sodass in ihrem Lager ein Kandidat gefunden werden muss. Ähnlich wie Mexiko wird Chile die Umsetzung der ambitionierten Reformagenda der Präsidentin Michelle Bachelet erleben. Hierbei geht es vor allem um die Umsetzung der beschlossenen Steuerreform, die für die Finanzierung der Bildungsreform notwendig ist. An der Diskussion über den Zugang zur Bildung sowie über deren Qualität und Bezahlbarkeit entfacht sich in Chile immer wieder die Debatte um den notwendigen sozialen Ausgleich.

Olaf Jacob
Leiter des Teams Lateinamerika
Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung

Subsahara/Afrika: Wenn 2015 die Bestandsaufnahme über die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) erfolgt, dann wird sich auf dem afrikanischen Kontinent erneut die Ambivalenz und Heterogenität Subsahara-Afrikas manifestieren. Die Wirtschaft des Kontinents wuchs 2013 im Durchschnitt um vier Prozent, für 2014 wird eine Wachstumsrate von 4,8 Prozent erwartet. Da sich der Wirtschaftssektor in Afrika mit einigen wenigen Ausnahmen (zum Beispiel Botswana) als sehr resistent gegenüber der globalen Finanzkrise erwies, gehen Projektionen gar von weiteren Steigerungen aus. Allerdings sind in diesen Zahlen noch nicht die Auswirkungen der jüngsten Ebola-Krise berücksichtigt.

Nach Schätzungen der Weltbank könnten die am meisten betroffenen Länder Guinea, Liberia und Sierra Leone mit Kosten von mehr als 809 Millionen US-Dollar konfrontiert werden. Ihre Wirtschaftsleistung ging seit dem Ausbruch der Ebola-Epidemie massiv zurück. Ein Land wie Sierra Leone, das sich bereits mit jährlichen Wachstumsraten von 11,3 Prozent auf dem Weg zu einem „Middle-Income“-Land befand, wird 2014 nur noch acht Prozent Wachstum verzeichnen können. Für 2015 wird ein Null-Wachstum zu erwarten sein.

Wie unterentwickelt der Gesundheitssektor in einigen Staaten Afrikas trotz der Bemühungen um die Erreichung der MDGs ist, wurde mit dem Ausbruch der Ebola-Epidemie erschreckend deutlich. Zwar konnten die Mütter- und Kindersterblichkeitsraten drastisch um über 40 Prozent gesenkt und auch die HIV/Aids-Prävalenz um fünf Prozent reduziert werden, doch ist im Gesundheitssektor ebenso wie im Bereich der Bildung nicht nur die Verfügbarkeit, sondern auch die Qualität der Dienstleistung für die Entwicklung des Landes entscheidend. Im Vergleich zu anderen Weltregionen weisen die Staaten Subsahara-Afrikas noch immer die geringsten Werte in der Analyse des *Human Development Index* (HDI) auf. Insbesondere bei der Reduzierung der Armut konnte Subsahara-Afrika zwar Fortschritte erzielen, liegt dabei in der Zielerreichung im Kontext der MDGs jedoch nach wie vor weit hinter Regionen wie Südasien zurück. 48,5 Prozent der Bevölkerung Subsahara-Afrikas leben von weniger als 1,25 Dollar pro Tag. Hinzu kommt, dass die Zahl der Menschen, die in den vergangenen zwanzig Jahren unter die Armutsgrenze rutschten, stärker anstieg als die Zahl jener, die sich aus der Armutsspirale befreien konnten. Ernährungssicherung stellt ein wesentliches Thema der Entwicklungszusammenarbeit dar. 2015 werden sich daher im Rahmen der BMZ-Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ die Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kenia, Mali und in der Demokratischen Republik Kongo der Stärkung staatlicher Kapazitäten zum Krisenmanagement bei Hungerkatastrophen und zur Prävention von Versorgungskrisen durch Prognosemodelle widmen.

Um mit Afrikas wirtschaftlichem Wachstum auch eine Entwicklungsdividende zu verbinden, werden sowohl eine Diversifizierung und Industrialisierung der Sektoren als auch eine Einbindung in globale Wertschöpfungsketten notwendig. Nur so können in primär auf Rohstoffexporte ausgerichteten Ökonomien auch die dringend benötigten Arbeitsplätze

geschaffen werden. 91 Millionen Menschen drängten auf dem afrikanischen Kontinent in den letzten zehn Jahren auf den Arbeitsmarkt, der allerdings trotz der beeindruckenden Wachstumsraten lediglich 37 Millionen Arbeitsplätze in der offiziellen Wirtschaft zur Verfügung stellte. Betrachtet man die demografischen Prognosen, die davon ausgehen, dass 2030 Afrikas Bevölkerung auf 1,6 Milliarden Menschen (2010: eine Milliarde) angewachsen sein wird, so wird deutlich, welcher Druck sich aufbauen wird. Er dürfte sich durch die Faktoren einer stetigen Urbanisierung und die Auswirkungen des Klimawandels noch potenzieren. Dies führt insbesondere in der jüngeren Generation zu Frustrationen und sozialer Exklusion, die wiederum den Nährboden für eine Instrumentalisierung durch radikale politische Kräfte ergeben.

*Andrea Ellen Ostheimer
Leiterin des Teams Subsahara/Afrika
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Asien und Pazifik: Der asiatische Raum hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt wirtschaftlich teils rasant entwickelt. Auf dem jüngsten APEC-Gipfel in Peking Ende 2014 wurde noch einmal sichtbar, wie sehr die aufstrebenden Mächte der Region auch politisch ein größeres Gewicht beanspruchen. Insbesondere der Gastgeber des Treffens, China, ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass er in der Region und weltweit seinen Einfluss zu stärken gedenkt. Dabei zeichnen sich etwa mit Sicht auf das Südchinesische Meer eskalationsgefährdete Konfliktsituationen ab. Auch die Lage auf der koreanischen Halbinsel birgt weiterhin sicherheitspolitischen Sprengstoff. Im Hinblick auf die regionale Integration der südostasiatischen Staaten ist 2015 ein wichtiger Markstein. Dann wird die ASEAN Economic Community (AEC), ein gemeinsamer Markt mit über 625 Millionen Menschen in zehn Staaten, zunächst unter dem Vorsitz Malaysias ins Leben gerufen. Die bemerkenswerten Entwicklungserfolge kontrastieren in einigen Ländern mit erheblichen politischen Verwerfungen. So sind

scheinbar konsolidierte Demokratien wie Thailand in Schwierigkeiten geraten. Richtungswchsel oder nur Akzentverschiebungen sind aufgrund bedeutsamer Wahlentscheidungen zu erwarten. Beispielsweise haben in Indien und Indonesien neue Staats- und Regierungschefs Verantwortung übernommen. Wichtige Weichenstellungen stehen im Transitionsland Myanmar bevor.

Nach dem indonesischen Wahljahr 2014 will der neue Präsident Joko Widodo ein ambitioniertes Reformprogramm durchsetzen. In Myanmar werden, wenn alles wie geplant läuft, Ende 2015 die ersten freien und allgemeinen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. In Thailand hat die Übergangsregierung des Militärs für Ende 2015 demokratische Wahlen angekündigt. Insgesamt steht in Südostasien die Konsolidierung des Integrationsprozesses zur AEC auf der Tagesordnung – auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit dem Inkrafttreten des gemeinsamen Marktes gewinnen die Themen Wirtschaftsordnung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit an Bedeutung, die auch auf dem APEC-Gipfel 2015 unter Schirmherrschaft der Philippinen diskutiert werden.

In Südasien stehen Indien und Afghanistan im Fokus: Mit dem Ende von ISAF und dem Beginn der „Resolute Support Mission“ beginnt in Afghanistan die „Dekade der Transformation“. Präsident Aschraf Ghani ist gefordert, sein Land aus den Fesseln der wirtschaftlichen und politischen Stagnation zu befreien. Abzuwarten bleibt, inwieweit die zentralasiatischen Republiken auf die veränderte Sicherheitslage ihres südlichen Nachbarn reagieren werden: Schon jetzt wird in den Hauptstädten der Region vor zunehmender religiös motivierter und krimineller Gewalt gewarnt.

Während der neue indische Premier Narendra Modi 2014 vor allem mit symbolischen Reisen in die Region das internationale Parkett für sich erschlossen hat, wird er sich 2015 intern wohl der Themen Infrastruktur und Arbeitsmarkt annehmen. Ausländische wie inländische Investoren erwarten insbesondere Verbesserungen in der Rechtssicherheit. Indien ist 2015 Partnerland der Hannover Messe; die dann stattfindenden Regierungskonsultationen sind ein wichtiges Element der strategischen Partnerschaft mit Deutschland. Indien und China werden 2015 – vor dem Hintergrund ihres jeweiligen wirtschaftlichen und militärischen Aufstiegs – weiterhin die politische Gratwanderung zwischen Annäherung und Rivalität versuchen.

2015 ist das deutsch-chinesische Jahr der Innovationspartnerschaft, das neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in allen Kooperationsbereichen anstoßen wird und der strategischen Partnerschaft beider Länder neue Impulse verleiht. Dieser neue Aktionsrahmen unterstützt die „EU-China 2020 Strategie für Sicherheit, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung“ – Themen, die sich auch im Portfolio der Konrad-Adenauer-Stiftung wiederfinden. Darüber hinaus werden die chinesischen Regionen verstärkt in die Maßnahmen eingebunden, so auch beim Thema Urbanisierung. Fragen regionaler Verständigung sind ebenfalls im besonderen Interesse Chinas. Das betrifft

seine Kontakte in Asien, aber auch mit Europa – insbesondere in Bezug auf die Fragen von Energiesicherheit, Ressourcen und Klimaschutz.

Mit dem Start des Regionalprojekts Energiesicherheit und Klimawandel setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung 2015 einen besonderen Akzent im asiatisch-pazifischen Raum. Schon heute blickt die Region mit Spannung auf die deutsche Energiewende. Zugleich ist zu beobachten, dass das Ziel der Energie- und Rohstoffsicherheit Einzug in die außen- und sicherheitspolitischen Strategien asiatischer Schlüsselländer findet.

Das Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor siebzig Jahren, Erinnerungen an die Abwürfe der Atombomben über Japan sowie an die Teilung der koreanischen Halbinsel werden öffentliche Diskussionen hervorrufen. Dabei ist das Gedenken unter den Nationen sehr unterschiedlich und teils ressentimentbehaftet. Die Konrad-Adenauer-Stiftung kann die nicht einfachen Wege zu einer gemeinsamen europäischen Gedenkkultur in die Debatte einbringen.

Béatrice Gorawantschy
Leiterin des Teams Asien und Pazifik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung

Europa/Nordamerika: Die aktuelle Lage der Europäischen Union (EU) wird einerseits dominiert von gestiegenen Erwartungen an die EU als sicherheitspolitischen Akteur; das gilt besonders im Hinblick auf den Umgang mit dem islamistischen Terror des sogenannten „Islamischen Staates“. Andererseits wird sie durch die Diskussion um die künftige Rolle europäischer Institutionen innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer bestimmt.

Nach dem Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien haben etwa die britischen Konservativen einen neuen Anlauf für ihr geplantes Referendum zur EU-Mitgliedschaft des Landes im Jahr 2017 gestartet. Dieses Vorhaben hatte Premierminister David Cameron seinen Landsleuten unter dem Druck der EU-Skeptiker in seiner eigenen Partei und angesichts der verbreiteten Ablehnung der EU in Großbritannien zugesagt. Bis zum Termin der möglichen Volksabstimmung

will er – nach eigener Aussage – die Stellung des Königreichs in der EU von Grund auf neu verhandeln. Im kommenden Jahr wählt Großbritannien ein neues Parlament, in dem voraussichtlich auch die EU-feindliche *United Kingdom Independence Party* (Ukip) eine Rolle spielen wird.

Die Krise in der Ukraine und die Rolle Russlands dominierte bereits während des gesamten Jahres 2014 die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Ländern der östlichen Partnerschaft. Dabei ist momentan nicht abzusehen, wie sich die Lage im kommenden Jahr weiter entwickeln wird. Mit Sicht auf die Stiftungsarbeit geht es 2015 nicht zuletzt darum, die verschiedenen Akteure und Betroffenen der russischen Politik, vor allem also die Länder in der Nachbarschaft Russlands, in einem politischen Dialog zusammenzuführen, um gemeinsame Lösungsansätze zu ermöglichen.

Eines der wichtigsten Dokumente auf dem Weg zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa war die in Helsinki vor vierzig Jahren unterzeichnete KSZE-Schlussakte von 1975. In ihr verpflichteten sich alle Staaten, gewaltsame Grenzänderungen zu unterlassen und die territoriale Integrität aller Unterzeichnerstaaten zu achten. Europa erlebt derzeit ein Russland, das sich nicht mehr an diese Vereinbarungen gebunden fühlt. Auch deshalb sind die Auswirkungen der Krise

auf Europa und auf die internationale Sicherheit weitreichend. Die Ukraine ist zum Schauplatz von Auseinandersetzungen darüber geworden, auf welchen Prinzipien die Weltordnung des 21. Jahrhunderts beruhen wird. Vor diesem Hintergrund muss offen darüber diskutiert werden, inwieweit jene Staaten, die kurzfristig keine Aussicht auf Aufnahme in die EU und/oder die NATO haben, frei über ihre Zukunft entscheiden können. Die Stärkung der innereuropäischen Friedensordnung ist dabei auf das Engste mit der Frage verknüpft, wie die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen entwickelt werden können.

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist zurzeit eines der am meisten – auch kontrovers und emotional – diskutierten politischen Vorhaben. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt intensiv an dieser Debatte teil und wird mit sachlichen Argumenten die Chancen dieses herausragenden Zukunftsprojekts hervorheben. Der globale Klimagipfel in Paris macht 2015 zu einem Schlüsseljahr für den Klimaschutz. Ein Hauptziel des G7-Gipfels wird es sein, einen Klimakonsens für ein Kyoto-Folgeabkommen zu schmieden.

Jens Paulus

*Leiter des Teams Europa/Nordamerika
Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung*